

Pressemitteilung

Sächsische Zahnärzte übermitteln Mitgliedern des neuen Sächsischen Landtags einen Forderungskatalog

Direkt zum Tätigkeitsbeginn des neuen Landtags hat die sächsische Zahnärzteschaft die Abgeordneten über die gefährdete zahnärztliche Versorgung in Sachsen informiert. Gerade hinsichtlich des kürzlich begangenen bundesweiten Tags der Zahngesundheit ist es unerlässlich, auf die grundlegenden Probleme aufmerksam zu machen. So wird es zunehmend schwieriger werden, zeitnah einen Termin bei einem Zahnarzt vor Ort zu erhalten. In manchen Regionen ist dies bereits heute Realität.

Der hohe Altersdurchschnitt der sächsischen Zahnärzteschaft und der Mangel an jungen Nachwuchskräften führen dazu, dass immer weniger Zahnärzte für die Patientenversorgung zur Verfügung stehen. Dieser Trend verschärft sich durch die hohe Unzufriedenheit mit den aktuellen Rahmenbedingungen der zahnärztlichen Tätigkeit.

Eine repräsentative Online-Befragung des Zentralinstituts für die kassenärztliche Versorgung (Zi) in Zusammenarbeit mit der Kassenzahnärztlichen Bundesvereinigung (KZBV) im Frühjahr 2024 zeigt alarmierende Ergebnisse:

- Mehr als die Hälfte der sächsischen Teilnehmer würde sich heute nicht mehr niederlassen.
- 95 % fühlen sich durch die Vielzahl an bürokratischen Aufgaben überlastet.
- 79 % sehen ihren Praxisablauf infolge einer praxisfernen Digitalisierung beeinträchtigt.
- 82 % rechnen im laufenden Jahr mit einer Verschlechterung ihrer wirtschaftlichen Lage.
- Zwei Drittel der sächsischen Zahnärzte, die an dieser Umfrage teilgenommen haben, überlegen, vorzeitig aus der Versorgung auszusteigen.

Zahnärztliche Versorgung gefährdet – Praxissterben verhindern

Um das Praxissterben zu verhindern und die zahnärztliche Versorgung in Sachsen zu sichern, haben die sächsischen Zahnärzte einen Forderungskatalog an die Mitglieder des neuen Sächsischen Landtags erstellt. Der Forderungskatalog enthält sechs zentrale Punkte, die als essentiell für den Erhalt des Berufsstands und der Patientenversorgung in Sachsen gelten. Im Vordergrund stehen wertschätzende Arbeitsbedingungen und eine faire Vergütung für die aktiven Kollegen. Diese Faktoren sind entscheidend, um junge Kolleginnen und Kollegen für eine Niederlassung in Sachsen zu gewinnen.

Mit dem Katalog fordern die sächsischen Zahnärzte die politisch Verantwortlichen auf, attraktive und vernünftige gesetzliche Rahmenbedingungen zu schaffen. Denn niedergelassene Zahnärzte in inhabergeführten Praxen sind das Fundament, auf welchem sich ein hohes Versorgungsniveau und zufriedene Patienten mit einer guten Zahn- und Mundgesundheit begründen.

Unnötige Bürokratielasten, praxisuntaugliche Digitalisierungsanforderungen und willkürliche Kürzungen von zugesagten und angemessenen finanziellen Mitteln entmutigen und demotivieren die in der Versorgung tätigen Zahnärzte zunehmend. Es kann davon ausgegangen werden, dass diese Fakten auch für junge niederlassungswillige Menschen gerade nicht als Anreiz gesehen werden, den wirtschaftlich riskanten Weg in die Selbständigkeit zu gehen. Denn dieser Schritt erfordert Planungssicherheit.

Die sächsische Zahnärzteschaft hofft, dass die Politik auf Landesebene den dringenden Handlungsbedarf erkennt und die Expertise des Berufsstands in Sachsen berücksichtigt.

Landeszahnärztekammer
Sachsen

Kassenzahnärztliche
Vereinigung Sachsen

Körperschaften des
öffentlichen Rechts

Schützenhöhe 11
01099 Dresden

Informationszentrum
Zahngesundheit

Öffentlichkeitsarbeit &
Prävention

ANSPRECHPARTNER
Anne Hesse

TELEFON
0351 8066-278

TELEFAX
0351 8066-279

E-MAIL
izz.presse@lzk-sachsen.de
WEB
zahnaerzte-in-sachsen.de

Datum:
09.10.2024

Anlagen

Forderungskatalog der sächsischen Zahnärzteschaft

Ansprechpartner für diese Pressemitteilung:

Landeszahnärztekammer Sachsen

Anne Hesse

Telefon: 0351 8066-278

E-Mail: izz.presse@lzk-sachsen.de

Hintergrund

Das Informationszentrum Zahngesundheit (IZZ) ist die gemeinsame Pressestelle der Landeszahnärztekammer Sachsen (LZKS) und der Kassenzahnärztlichen Vereinigung Sachsen (KZVS) und zuständig für die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit der Zahnärzte in Sachsen. Wir vermitteln Gesprächspartner für die Medien und bereiten zahnmedizinische Informationen für die Öffentlichkeit auf.

Zahnärztliche Versorgung gefährdet - Praxissterben verhindern!

Forderungskatalog der sächsischen Zahnärzteschaft

➤ 1. Bürokratie mit Augenmaß! Mehr Zeit für Patienten schaffen!

Die zur Verfügung stehende Behandlungszeit wird durch die wachsende Bürokratie erheblich verkürzt: Etwa 8,3 Stunden pro Woche investiert ein Praxisinhaber bundesdurchschnittlich für Verwaltung. Leidtragende sind die Patienten. Die Zahnärzteschaft hat zum Abbau unnötiger bürokratischer Anforderungen bereits konstruktive und praktikable Lösungen vorgelegt. Drei Beispiele:

- Statt starrer Fristen: risikobasierte Validierung von Hygienegeräten und Aufbereitungsprozessen
- Praxisbegehungen durch Behörden nur anlassbezogen mit dem Ziel der Beratung und Unterstützung
- Zertifizierte eLearning-Angebote zur Aktualisierung der Fachkunde im Strahlenschutz zulassen und die Frist zur Vorlage des aktualisierten Fachkundenachweises – nach einer ersten Aktualisierung nach fünf Jahren – auf anschließend alle zehn Jahre verlängern.

➤ 2. Digitale Anwendungen müssen ausgereift und funktionsfähig sein!

Wir sehen in der Digitalisierung Chancen, den Praxisablauf zu erleichtern. Das setzt voraus, dass der Gesetzgeber eine Einführung von Komponenten erst verlangt, wenn alle zeitlichen, organisatorischen und technischen Voraussetzungen für eine reibungslose Anwendung in den Praxen gegeben sind. Wir fordern zudem eine garantierte Refinanzierung und das Beenden finanzieller Sanktionen bei unverschuldeter Nichtanwendung.

➤ 3. Niederlassungen mit attraktiven Rahmenbedingungen unterstützen!

Kommunen und Gemeinden müssen für eine gute Infrastruktur sorgen, um Zahnärzte für eine eigene Niederlassung zu gewinnen. Dazu gehören beispielsweise Kita-Plätze, Schulen, Einkaufs- und Freizeitangebote, eine stabile Internetverbindung und ein gut ausgebauter öffentlicher Nahverkehr.

➤ 4. Landzahnarztquote an sächsischen Universitäten einführen!

Mehr als 50 % der in Sachsen tätigen Zahnärzte sind über 60 Jahre alt. Die Versorgung der Patienten ist gefährdet, da nur etwa jede dritte Praxis einen Nachfolger findet. Deshalb fordern wir für die Vergabe von Studienplätzen eine Quote mit dem Kriterium der Versorgungsnotwendigkeit und anschließender Verpflichtung, in Sachsen tätig zu werden (Landzahnarztquote). Außerdem fordern wir ein Stipendium des Freistaates für Studierende, die sich für eine Tätigkeit in versorgungsgefährdeten Gebieten in Sachsen verpflichten.

➤ 5. Budgetierung aufheben!

Eine gesicherte und angemessene Vergütung aller erbrachten vertragszahnärztlichen Behandlungen muss gewährleistet sein. Dies hat der Gesetzgeber mit der Einführung der Budgetierung im Jahr 2023 in Frage gestellt und damit das Krankheitsrisiko der Bevölkerung von den Krankenkassen auf die Praxen übertragen. Die zunehmenden wirtschaftlichen Risiken sind für den Erhalt, für die Übernahme sowie für Neugründungen von Praxen unattraktiv und gefährden die flächendeckende wohnortnahe Versorgung.

➤ 6. GOZ – Gebührenordnung endlich anpassen!

Kein anderer freiberuflicher Berufsstand musste so lange auf eine Gebührenerhöhung verzichten. Seit 1988 ist die GOZ (Gebührenordnung Zahnärzte) unverändert, trotz steigender Energie-, Material-, Hygiene- und Digitalisierungskosten sowie hoher Inflation. Wir fordern eine Anpassung des GOZ-Punktwerts an die aktuelle Wirtschaftslage und regelmäßige Angleichung der GOZ an medizinischen Fortschritt und Kostenentwicklungen.